
Humanität – in journalistischer Wahrnehmung

Wolfgang Thielmann

In der Geschichte und Gegenwart der Medien kommt der Gedanke der Humanität vor allem in seinem sozialen Aspekt zur Entfaltung. Viele Medienmacher, Herausgeber wie Redakteure, fühlen sich heute dem Menschen verpflichtet, vor allem dem mit weniger Macht ausgestatteten, dem Schwachen und dem am Rande Stehenden. Sie wollen ihn bei der Wahrnehmung seiner Rechte unterstützen, indem sie ihn mit den nötigen Informationen ausstatten. Das hat mit den Ursprüngen der modernen Medien zu tun. Aus dieser Grundhaltung folgt eine grundsätzliche kritische Distanz der Medien zu denen, bei denen sich Macht konzentriert, also Amtsträgern, Regierenden oder auch Chefärzten.

Diese Ursprünge liegen einerseits im Pietismus, einer Erneuerungsbewegung der evangelischen Kirche im 17. Jahrhundert, die von Anfang soziale Sensibilität kultivierte, und in der im 19. Jahrhundert aufkommenden Inneren Mission, die wir heute als Diakonie kennen. Die Galionsfigur des Pietismus war der Professor August Hermann Francke in Halle. Die auf ihn zurückgehenden Franckeschen Stiftungen sind nach dem Ende der DDR wieder erstanden. Francke gründete neben sozialen und pädagogischen Einrichtungen auch eine der ersten Zeitungen in Deutschland, die *Hallischen Zeitungen*, und ließ sich von den jungen europäischen Adligen, die durch seine Schule gegangen waren, Korrespondentenberichte schicken.

Ein weiterer Quellstrom liegt im Aufblühen der kirchlichen, aber auch der sozialdemokratischen Presse nach der Aufhebung der (übrigens in Zürich kurz nach der Reformation erfundenen) Pressezensur. Die Presse der evangelischen Kirche entstand in Form von evangelisch-sozialen „Pressverbänden“ unter dem Dach der Inneren Mission, und sie zielte, anders als die eher nach innen gerichtete oder apologetisch interessierte katholische Presse, auf den Dialog mit der Gesellschaft. Ihr Impetus lag darin, die dem Christentum entwöhnte Publizistik mit Informationen über dasselbe zu versorgen und somit nicht sich selber zu überlassen, aber auch, gemeinsame Ziele sichtbar zu machen. Johann Hinrich Wichern, der Gründer der Inneren Mission, der 1845 mit den *Fliegenden Blättern* auch eine dezidiert sozial-ethisch-politische Zeitschrift ins Leben rief, schrieb ins Statut, sehr zum Ärger der bisher eher glaubensfördernd-fromm orientierten kirchennahen Schriftsteller: „Der Zweck der Erbauung ist gänzlich ausgeschlossen.“ Aufgrund dieser Entwicklung ist es erklärlich, dass die älteste bestehende deutsche Nachrichtenagentur der 1910 gegründete Evangelische Pressedienst ist. Die katholische Kirche hat die soziale Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts nachvollzogen und dann mit wesentlichen Beiträgen bereichert. Der erste große Kristallisationspunkt ist die Enzyklika *Rerum Novarum* von 1891, die zur Gründungsurkunde der katholischen Soziallehre wurde und auch die evangelische Sozialethik befruchtete. Sie führte das für die Kirchen grundlegende Prinzip der Subsidiarität in das Sozialwesen ein.

In den USA hat sich das Paradigma der anwaltlichen Presse wesentlich durch den ungarischen Immigranten Joseph Pulitzer entwickelt, der seine erste Arbeitsstelle bei der *Westlichen Post* in St. Louis fand, einer Zeitung im Mitbesitz von Carl Schurz, einem früheren Revolutionär von 1848. Pulitzer wurde Verleger und machte Ende des 19. Jahr-

hunderts die Zeitung *New York World* zu einem der wichtigsten Blätter der USA, vor allem mit akribisch recherchierten Beiträgen über Korruption in Regierung und Wirtschaft und über andere Missstände. Der Gedanke der Presse als der vierten Gewalt und als Wächter und Korrektiv der politischen und ökonomischen Machtzentren und so als Mandatar der Vielen und der Schwachen wurde in diesen Jahren des Aufschwungs in der Neuen Welt befestigt.

Die „humanen“ Triebkräfte der Medien sind also im Kern religiös begründet. Sie lassen sich mit zwei Bibelstellen umschreiben. Die eine steht in Matthäus 10: „Es ist nichts verborgen, was nicht offenbar wird, und nichts geheim, was man nicht wissen wird. Was ich euch sage in der Finsternis, das redet im Licht; und was euch gesagt wird in das Ohr, das predigt auch den Dächern. Und fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, doch die Seele nicht töten können; fürchtet euch aber viel mehr vor dem, der Leib und Seele verderben kann in der Hölle.“ Dieser letzte Satz hat nicht zuletzt die Tradition der amerikanischen Kriegsreporter wie Robert Capa motiviert, die unter Einsatz ihres Lebens ihre Kameraden im Kampf ablichteten. Noch heute schlagen etwa die Fotos von der Landung der Alliierten in der Normandie 1944 den Betrachter in ihren Bann.

Die andere Bibelstelle finden wir in Sprüche 31,8f: „Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind.“ Sie geht zurück auf die Sozialgesetzgebung in den alttestamentlichen Büchern Exodus und Deuteronomium, etwa in Deuteronomium 22. Dort ist davon die Rede, dass man dem Bauern nicht den Mühlstein und dem Tagelöhner nicht den Mantel pfänden darf. Es geht also um die Sicherung des Existenzminimums, beispielsweise auch dann, wenn Pfänder am Abend zurückzugeben sind und wenn bestimmt wird, dass man diese Rechte der Bedürftigen und der Fremden, also der Gruppen

ohne sozialen Schutz, keinesfalls antasten darf. Ansonsten kann sie der Betroffene unmittelbar Gott vortragen, also der höchsten Rechtsinstanz. Der Schwache hat einen grundrechtlich gesicherten, d. h. vorrangigen, und einklagbaren Anspruch auf Hilfe. Das Beispiel vom Mühlstein und dem Mantel zeigt, dass der ansonsten in den Zehn Geboten verankerte Respekt vor dem Eigentum anderer („Du sollst nicht begehren ...“) sozial begrenzt wird. Das Recht der wirtschaftlich Schwachen ist der Maßstab der Ökonomisierung. Insofern kann auf Verständnis, wenn nicht auf Verbündete hoffen, wer sich für Humanität im Gesundheitswesen gegen den Druck der Ökonomie stark macht.

Hier aber macht sich eine gegenläufige Entwicklung bemerkbar: Die Medien unterliegen längst selbst der Ökonomisierung. Das Kriterium der Auflage bzw. Quote tritt mitunter vor die „Überzeugungstat“, die fachlich-qualitativen Kriterien genügen muss. Nachrichten werden zur Handelsware. Das Bewusstsein der religiösen Verankerung des Humanitätsgedankens schwindet.

Die Verschränkung gegensätzlicher Motive ließ sich im Sommer 2007 verfolgen, als die *Bild*-Zeitung – Zeitungen sind unschlagbar bei Kampagnen – am 31. August einen Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen zum Anlass nahm, die „Pflege-Schande“ in Deutschland zu beklagen. Der Bericht des Medizinischen Dienstes gab diese Schlagzeile eigentlich nicht her, weil er von einer Verbesserung der Pflege in Deutschland handelte. Mit der Kampagne arbeitete die Zeitung vielmehr dem Medizinischen Dienst in die Hände, der die Versuche der Politik unterlaufen wollte, eine unabhängige Prüfinstanz für die Pflege aufzubauen.

Zu der Ökonomisierung kommt eine Revolution, in deren Verlauf der bisherige Medienbegriff sich völlig verändert. Die Auflage der *Bild*-Zeitung sank zwischen 1998 und 2007 von 4,56 Mio. auf 3,5 Mio. verkaufte Exemplare,

das ist ein Verlust von 1,1 Mio. in zehn Jahren. Fast alle Zeitungen vermelden Minus. 70 Prozent der 14- bis 23-Jährigen erklären die Tageszeitung für verzichtbar. Das Internet füllt diese Rolle aus. Große Teile des Anzeigengeschäftes, ein Standbein der Presse, sind ins plausiblere Internet abgewandert. Im Fernsehen, das dabei ist, seine Rolle als Leitmedium zu verlieren, wächst die Kooperation mit dem Internet. Längst schauen Heranwachsende die spannendsten Augenblicke von Fernsehsendungen auf dem Videoportal *Youtube*. Oder sie sehen im Fernsehen, was sie selber zuvor auf der Internetseite *Myvideo* eingestellt haben. Die Zuschauer werden Mitgestalter. 10.000 Journalisten in Deutschland sind – erstmals in der Republik – arbeitslos. Sie werden nicht mehr gebraucht. Im Netz heißt der Redakteur „Content Manager“, er koordiniert die Produktion der Nutzer. Die Bundeskanzlerin wendet sich per Podcast direkt an ihre Wähler. In den USA werden Wahlkämpfe durch Blogs mitentschieden, also die Teilnahme von Politikern an Diskussionen im Netz. Wir erleben eine Fraktionierung der Publizistik und damit der öffentlichen Meinungsbildung. Marshall McLuhan formuliert es so, dass Gutenberg aus jedem einen Leser gemacht habe, aber Xerox aus jedem einen Verleger. Das Netz macht aus jedem einen Intendanten, Regisseur, Chefredakteur und Produzenten.

Bloggen ist die neue Ausdrucksform, die inzwischen die Höhe des Journalismus wie auch der Wissenschaften erreicht hat. Ein Beispiel, das in unser Thema hineinspielt:

Der in Chicago lehrende Bundesberufungsrichter Richard Posner, einer der bekannteste Juristen der USA und einer der Begründer des Law-and Economics-Ansatzes, hat in seinem Blog, das er zusammen mit dem Ökonomen und Nobelpreisträger Gary Becker führt, das Prinzip der Wohlstandsmaximierung, das er für das einzig humane hält, weil es nachrechenbar ist, auf die Medizin angewandt. Er

führt ein Blog, weil er meint, die Journalisten seien heute mit der komplexen Wirklichkeit überfordert. Dadurch versagen die Instrumente der kritischen Öffentlichkeit. Dem will er begegnen, indem er die von ihm ausgemachte Lücke selbst als Publizist ausfüllt, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Grenzphänomene thematisiert und sie konsequent unter ökonomischen Gesichtspunkten darstellt.

1999 hat Posner in seinem Buch *The Problematics of Moral and Legal Theory* einen Fundamentalirrtum ausfindig gemacht: Glaube, sagt er, taugt ebenso wenig wie der Konsens vernünftiger Menschen als Grundlage zur Erhebung des moralisch Gebotenen. Letzteres, den Konsens der Vernünftigen, hält er für die Häresie der Liberalen. Er hält sich dagegen an das Konzept der Wohlstandsmaximierung. Gründe für seine Vorliebe für den freien Markt, sagt er, gibt es nicht, ebenso wenig wie für jedes andere ethische Prinzip.

Aus seiner Ethik der Wohlstandsmaximierung „folgt, dass die Gesellschaft keinerlei Pflicht hat, Bedürftigen zu helfen. Jemand, der nichts zur Mehrung des sozialen Wohlstands beizutragen hat, verdient keine Unterstützung. Das mag unserer modernen Empfindlichkeit zuwiderlaufen. Aber ich sehe nicht, wie man dieser Schlussfolgerung ausweichen könnte.“ Wenn die Mehrheit der Gesellschaft es wünscht, meint er, dann wird es geschehen. Aber es bleibt ein Akt der Gnade, man könnte auch sagen: der freundlichen Willkür. „Das ist Demokratie“, sagt Posner. Mehrheit siegt. Wahrheit? Was ist Wahrheit?

In seinem Blog hat er sich im letzten Jahr zusammen mit Gary Becker der Organtransplantation zugewandt. Er fordert einen offenen Organmarkt, lebende Menschen einbezogen. Ein offener Markt würde für die Transplantationsschirurgie und ihre Patienten die Versorgungslage wesentlich verbessern. Auch der Organ-Schwarzmarkt, wie er

heute etwa in der Türkei oder Indien existiert, könnte eingedämmt werden. Und wer Blut verkauft, das auch ein Organ ist, der kann auch mit Lebern, Nieren und Herzen handeln, meint Posner. Natürlich wird er von der Mehrheit der Amerikaner heftig kritisiert. „Wenn wir unsere Körper verkaufen, dann ist es bis zum Ausverkauf unserer Seelen nur noch ein Schritt“, warnte Leon Kass, der langjährige Vorsitzende von Präsident Bushs Bioethik-Kommission. Posner hat dafür nur Hohn übrig. „Man kann nichts verkaufen“, antwortete er, „was es nicht gibt.“

Wer sich für Humanität im Sinne der Menschenwürde stark macht, für die Orientierung des Sozialen an den Schwächsten und am Bedarf des Einzelnen, der wird also künftig in den Medien Freunde finden, aber auch heftige Gegner. Und er wird es schwerer haben als früher, auf eine etablierte Meinung zu stoßen, die sein Handeln insofern erleichtert, als er die Maximen seines Tuns nicht begründen muss, da sie von einer Mehrheit verstanden und geteilt werden. Künftig wird er sein Handeln möglicherweise durchhalten müssen, auch ohne den Konsens der Gesellschaft oder der veröffentlichten Meinung hinter sich zu haben.

Er wird sich erklären müssen, und eine alte Mahnung des Apostels Paulus im Brief an die Gemeinde in Rom wird neue Aktualität gewinnen. Dort stand eine Frage zur Debatte, die in einer Abwandlung auch heute wieder diskutiert wird: Wie halten wir es mit dem Sonntag? Im Herbst 2007 haben die beiden großen Kirchen eine Verfassungsklage gegen die Aushöhlung des grundrechtlichen Sonntagsschutzes eingereicht, nachdem der Berliner Senat zehn verkaufsoffene Sonntage im Jahr erlaubt hatte, darunter alle vier Adventssonntage. Im Rom des 1. Jahrhunderts n. Chr. waren die Christen noch eine Minderheit, und die kulturelle Errungenschaft des arbeitsfreien Sonntags war noch unbekannt. Den Christen, die noch nicht einmal so hießen, ging es um die Frage, wie sie selbst den Tag des

Herrn würdig begehen sollten. Da hielten die einen den Sabbat, den sie aus ihrer jüdischen Tradition kannten, an dem das Gebot Gottes sie verpflichtete, eine Pause von der Erwerbsarbeit einzulegen, um damit sinnbildhaft klar zu machen, dass Gott den Menschen nicht an die Ökonomie ausliefert. Andere hielten den Sonntag für ebendiesen Tag des Herrn, weil Jesus am Sonntag auferstanden war. Und wieder andere kannten für sich gar keinen Feiertag. Paulus hörte sich alle Meinungen an. Er stufte die Frage als ein *adiaphoron* ein, als ein „Mittelding“, bei dem aufgrund unterschiedlicher kultureller Prägungen unterschiedliche Ansichten möglich sind. Doch muss jeder für sich verantwortlich entscheiden, ohne dass die unterschiedlichen Ansichten die Menschen voneinander trennen sollen. Deshalb schließt er mit einem Satz, der möglicherweise in der Abwägung zwischen Humanität und Ökonomie helfen kann, gerade wenn die Entscheidung im Einzelfall unterschiedlich ausfällt: „Ein jeder sei seiner Meinung gewiss.“